IPG

INTERVIEWS 27.08.2019

Asche zu Asche

Professor Josep Pont Vidal über die Brände im Amazonas, die Verantwortung der Regierung Bolsonaro und die Optionen der internationalen Gemeinschaft.

Interview von Claudia Detsch

Welchen Anteil hat die Wirtschaftspolitik Bolsonaros an den Bränden im Amazonas? Immerhin wüten auch in den Nachbarländern Bolivien, Kolumbien und Peru heftige Feuer.

Die neue Regierung von Präsident Bolsonaro hat riesige Regionen im Amazonas für nationale und transnationale Bergbau-, Energie- und Landwirtschaftsunternehmen freigegeben. Das bedeutet zum einen eine rein wirtschaftliche und sehr begrenzte Entwicklung und zum anderen den Beginn eines Konflikts mit den dort lebenden Völkern und mit der Umwelt.

Das Problem der Brände im Amazonas und anderen Teilen Brasiliens ist zurückzuführen auf die sogenannten „queimadas“, das großflächige Abbrennen weiter Gebiete, das regelmäßig zum Ende der Trockenzeit durchgeführt wird. Dieses Vorgehen ist radikal, ökologisch zweifelhaft und nicht nachhaltig. Viele dieser Gebiete sind kein Privateigentum, sondern gehören dem brasilianischen Staat und werden illegal in Besitz genommen. Das geschieht mittels gefälschter Dokumente und – wenn nötig – auch mit Erpressung, Gewalt und Mord, meistens durch Großgrundbesitzer. Diese haben sich über WhatsApp unter dem Motto „Tag des Feuers“ zusammengetan und beispielsweise an einem einzigen Tag mehr als 5 300 Brände im ganzen Land gelegt – laut dem Nationalen Institut für Weltraumforschung INPE waren es zwischen Januar und August 2019 bereits 72 843.

Das Abbrennen dient dazu, rasch und auf nicht nachhaltige Weise große Gebiete von Regenwald und ursprünglicher Vegetation zu säubern, die danach für Großgrundbesitzer und die Agroindustrie zur Verfügung stehen. Der Zyklus sieht folgendermaßen aus: Durch das großflächige Abbrennen kann man das übriggebliebene Holz

verwerten und verkaufen. Danach wird das Stück Land von der Agroindustrie intensiv genutzt. Sobald es seine Nährstoffe, die in der feuchten Erde der Amazonas-Region ohnehin wenig vorhanden sind, verloren hat, hat es keinen produktiven Wert mehr und wird schlussendlich so gut wie aufgegeben. Diese Praxis ist auch in anderen ökologischen Systemen im Zentrum Brasiliens oder im kolumbianischen und peruanischen Amazonasgebiet üblich.

Kann sich das hochsensible Ökosystem von Bränden dieses Ausmaßes wieder erholen?

Das ökologische System des Amazonas erholt sich relativ schnell von nachhaltiger oder kleinflächiger Entwaldung. Das Problem sind großflächige Entwaldungen. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2019 wurden bereits 6 822 Quadratkilometer verbrannt, das ist laut INPE und dem Brasilianischen Institut für Umwelt und erneuerbare natürliche Ressourcen IBAMA eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 68 Prozent. 2018 wurden insgesamt 7 536 Quadratkilometer verbrannt. Kürzlich durchgeführte wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass das ökologische System des Amazonas bei diesem Tempo der Entwaldung in ungefähr zehn Jahren einen kritischen Punkt erreichen wird, an dem eine Erholung nicht mehr möglich sein wird.

Die Brände im Amazonas sorgen international für große Besorgnis, immerhin gilt der Amazonas als grüne Lunge des Planeten. Stimmen aus dem Ausland fordern einen stärkeren Schutz der Naturschutzgebiete. Wird diese Position in Brasilien als ehrliche Hilfsbereitschaft oder als imperialistische Einmischung wahrgenommen?

Die internationalen Versuche, zu einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung beizutragen, werden von unterschiedlichen Positionen aus diametral entgegengesetzt interpretiert, das hängt ab vom Grad an Verständnis und Verantwortungsgefühl der jeweiligen Personen. Weite Teile der Regierung, die ultranationalistisch und schlecht informiert sind und mit extremistischen, aggressiven populistischen Strömungen in Verbindung stehen, reagieren auf das wachsende internationale Interesse mit dem Motto „Unser Land zuerst“ – einem Motto, das auch von anderen Präsidenten europäischer und westlicher Länder mit „autokratischen“ politischen Systemen vertreten wird. Auf der anderen Seite sind Millionen von Brasilianern dankbar und brauchen das weltweite Interesse und Engagement zur Lösung dieses eigentlich brasilianischen Problems, dessen Auswirkungen sich jedoch auf den gesamten Planeten erstrecken.

Die Brände im Amazonas standen auch auf der Tagesordnung der G7. Was kann die internationale Gemeinschaft konkret tun, um bei der Eindämmung der Feuer zu helfen?

Die internationalen Beziehungen sind hier noch nicht sehr demokratisch aufgestellt. Die G7-Staaten können Druck auf die brasilianische Regierung ausüben, hauptsächlich auf die empfindlichsten Bereiche, Wirtschaft und Exporte. Allerdings ist es schwierig, dies umfassend zu bewerten. Man denke hier an das Interesse und die aktive Beteiligung europäischer Firmen beim Bau von atomaren U-Booten für Brasilien, Eisenbahnen, der Automobilherstellung etc. Nicht weniger wichtig ist der europäische Bedarf an Aluminium und Stahl für die Autoindustrie, sowie die Interessen bei Großinvestitionen wie Häfen, Flughäfen und Wasserkraftwerken sowie Immobilien- und Investitionsfonds. Alles in allem handelt es sich um ein komplexes Geflecht von Interessen zwischen den verschiedenen Systemen. Diese Argumente sprechen aber nicht gegen internationalen Druck in verschiedenen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen.

Brasiliens Präsident Bolsonaro leugnet den menschgemachten Klimawandel und gilt als Gegner einer ambitionierten Klimapolitik. Wie lässt sich verhindern, dass der Amazonas in seiner Amtszeit weiter zerstört wird?

Die schwindelerregende Zunahme der Brände ist nicht allein auf die kürzlich ergriffenen Maßnahmen der Regierung Bolsonaro zurückzuführen, die die Brände gefördert und gestattet hat, sondern auch auf das Fehlen einer effektiven Überwachung und von staatlichen Kontrolleuren in den zerstörten Gebieten. Das ist definitiv ein politisches Problem. Ob diese Situation beendet werden kann, hängt ab von verschiedenen nationalen und internationalen Faktoren. Auf nationaler Ebene brauchen wir eine umfassende Mobilisierung der Zivilgesellschaft, der NGOs und Vereinigungen, seien sie nun brasilianisch oder international, und besonders der Gewerkschaften. Dabei muss natürlich die Entscheidungsgewalt und die Strategiefindung immer bei der brasilianischen Bevölkerung und dem Staat liegen. Wichtig hierbei wird auch die dezentrale Kooperation zwischen internationalen Institutionen und den brasilianischen Bundesstaaten sein. Auf internationaler Ebene kann man möglicherweise über den Mercosur-Vertrag arbeiten, vorausgesetzt, die brasilianische Souveränität über den Amazonas bleibt erhalten; aber die große Zahl von Akteuren und Interessen, die hier im Spiel sind, macht das komplex.

Die Europäer beziehen ebenso wie die Chinesen große Mengen an

Soja und anderen Nahrungs- und Futtermitteln aus Brasilien. Tragen sie eine Mitschuld an den Bränden?

In jeder Situation gibt es eine Mitverantwortung. Es geht nicht nur um Schuld, sondern um Verantwortung auf sozialer und politischer sowie auf der gesellschaftlichen und individuellen Ebene. Natürlich importieren die Europäer und China große Mengen Soja, Fleisch und andere Rohstoffe. Diese Importe und Transaktionen werden nicht von kleinen Bauern sondern von transnationalen brasilianischen, europäischen und chinesischen Unternehmen getätigt. Diese verfolgen spezifische Interessen und Praktiken. Man denke nur daran, dass der brasilianische Korruptionsskandal, der durch die Operation „Lava Jato“ („Autowäsche“) aufgedeckt wurde, von den Giganten der Fleischindustrie in Gang gesetzt wurde. Die Lösung besteht letztendlich darin, wie internationale Institutionen empfehlen, sich anders zu ernähren und den massiven Fleischkonsum zu reduzieren.

Aus dem Spanischen von Sabine Dörfler



Josep Pont Vidal

Josep Pont Vidal ist Professor für Organisationstheorie, Öffentliche Verwaltung und Politik an der Universidade Federal do Pará (UFPA) in Belém, Brasilien.